

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- **Kommission stellt Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Zukunft vor** 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- **Permanenter Untersuchungsausschuss für Steuerdelikte & „Schwarze Liste“** 3
- **Förderung von Jugend, Wachstum, Sicherheit im EU-Haushalt 2018** 3
- **Neue EU-weite Regeln für Drohnen** 4
- **Beseitigung von Geoblocking im elektronischen Handel** 4

##### Rat der Europäischen Union

- **Gipfelbekenntnis zu mehr Investitionen in Afrika** 5
- **Zentrales digitales Zugangstor und Schlussfolgerungen des Rates "Wettbewerbsfähigkeit"** 5
- **Portugiese Centeno wird Präsident der Euro-Gruppe** 6
- **Ratstagung der TelekommunikationsministerInnen** 6
- **VerkehrsministerInnen zur PKW Maut** 7

##### Europäische Kommission

- **Kommission will Mehrwertsteuerbetrug besser bekämpfen** 8
- **Positiver Kommissionsbericht über Erasmus+ 2016** 8

##### Ausschuss der Regionen

- **Das Subsidiaritätsprinzip in konkrete Maßnahmen umsetzen** 9
- **Neuer Online-Kurs - vom Schreibtisch aus Experte für EU-Förderungen werden!** 9

##### Sonstiges

- **Brexit: Annäherung, aber noch kein Durchbruch** 10
- **Online-Umfrage des EU-Rechnungshofs zu Fahrgastrechten** 10

##### In eigener Sache

- **Veranstaltung „Fremdsprache Gedicht“** 11

##### Ihre Stimme in Europa

- **Laufende Konsultationen** 12

**Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen** 13

**Tagesordnungen der Institutionen** 14

**Impressum und Abbildungsverzeichnis** 14

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

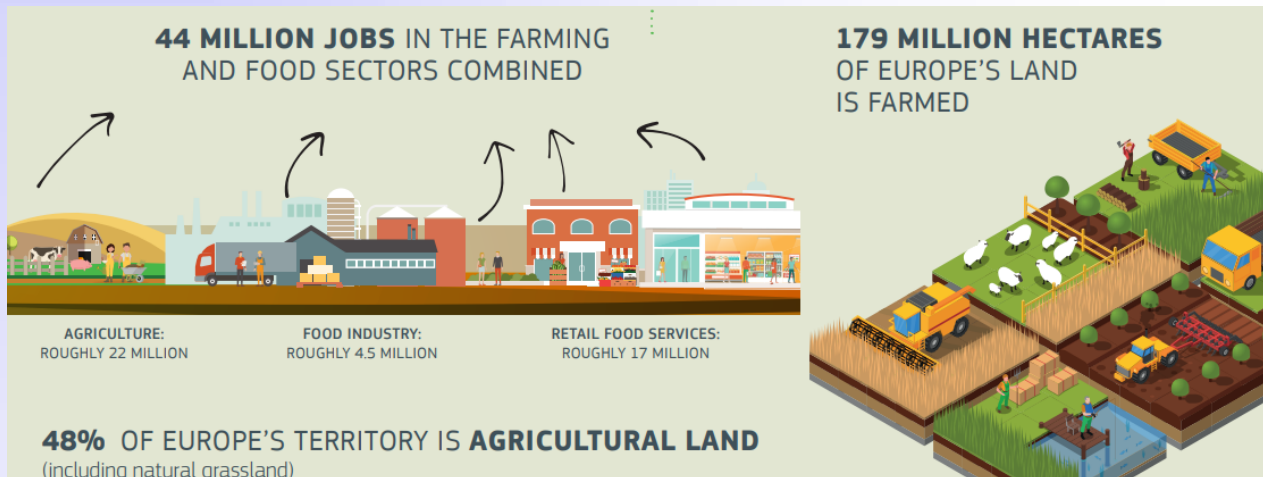
*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: info@alpeuregio.eu*



# Thema der Woche

## Kommission stellt Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Zukunft vor

Am 29. November veröffentlichte die Kommission ihre [Mitteilung zur „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“](#). Darin spricht sie sich für vereinfachte Vorschriften und einen flexibleren Ansatz aus.



Laut Landwirtschaftskommissar Phil Hogan sollen die Kommissionsvorschläge sicherstellen, dass die GAP zu neuen, zukunftsweisenden Zielen beiträgt. Dazu zählen die Förderung eines intelligenten und krisenfesten Agrarsektors sowie die Förderung von Umwelpflege und Klimaschutz.

Jeder Mitgliedstaat soll seinen eigenen, von der Kommission zu genehmigenden Strategieplan erstellen, in welchem er darlegt, wie er die auf EU-Ebene festgelegten Ziele erreichen will. Das Augenmerk wird dabei v.a. auf der Überwachung der Fortschritte liegen. Diese Fortschritte sollen ausschlaggebend für die Bereitstellung von Mitteln sein.

Die LandwirtInnen sollen weiterhin im Rahmen von Direktzahlungen Unterstützung erhalten. In der Mitteilung werden jedoch Beispiele aufgelistet, wie für sie eine gerechte und gezieltere Einkommensstützung gewährleistet werden kann (etwa, dass die Stützung nur an echte Landwirte gezahlt wird oder die Einführung degressiver Zahlungen zur Senkung der Stützung für größere Betriebe).

Die Kommission schlägt schließlich noch eine EU-Plattform für das Risikomanagement vor, die LandwirtInnen dabei unterstützen soll, die Ungewissheiten im Zusammenhang mit dem Klima, die Schwankungen auf den Märkten und andere Risiken zu bewältigen.

Mit den endgültigen Gesetzgebungsvorschlägen ist vor dem Sommer 2018 im Anschluss an den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen zu rechnen. Der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses des EP, [Siekierski](#), betonte in diesem Zusammenhang aber bereits, dass keine umfassende GAP-Reform nötig sei, sondern nur Anpassungen bzw. Modernisierungen. Die Strategiepläne seien zwar ein guter Ansatz, allerdings wird es am Anfang für die Mitgliedstaaten und auch für die Kommission schwierig sein, diese Pläne vorzubereiten bzw. zu bewerten.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Permanenter Untersuchungsausschuss für Steuerdelikte & „Schwarze Liste“

**Am 28. November haben sich die Mitglieder des Ad-Hoc-Untersuchungsausschusses zu Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung (PANA) für die Einrichtung eines permanenten Ausschusses ausgesprochen.**

Der PANA-Ausschuss des EP wurde zur Untersuchung der Steuervermeidungstaktiken und Steuerschlupflöcher, wie sie die „[Panama-Papers](#)“ gezeigt haben, ins Leben gerufen. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung warb Werner Langen, Vorsitzender des PANA-Ausschusses, dafür einen permanenten Untersuchungsausschuss zu schaffen. Nur so könnte etwaiges Fehlverhalten im Zusammenhang mit Steuerpflichten genau geprüft werden. In der Zwischenzeit sollte laut Langen zumindest ein Ad-Hoc-Untersuchungsausschuss zur Untersuchung der kürzlich veröffentlichten „[Paradise-Papers](#)“ eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang hat der Rat am 5. Dezember 2017 eine EU-Liste nicht kooperativer Steuerhoheitsgebiete ([in Englisch](#)) gebilligt und veröffentlicht. Eine erste Liste (sog. „Schwarze Liste“) enthält 17 Länder, die vereinbarte Standards für gute Regierungsführung im Steuerbereich nicht eingehalten haben. Eine zweite Liste (sog. „graue Liste“) führt weitere 47 Länder auf, die sich verpflichtet haben, ihre Steuergesetze zu verbessern.

[Mehr Informationen](#) zum Untersuchungsausschuss

[Mehr Informationen](#) zur Schwarzen Liste

## Förderung von Jugend, Wachstum, Sicherheit im EU-Haushalt 2018

**Am 30. November hat das EU-Parlament das Budget für 2018 angenommen. Für den Haushalt des nächsten Jahres konnten die MEPs mehr Unterstützung für arbeitslose Jugendliche und zusätzliche Mittel für KMU, Forschungsprogramme und Erasmus+ durchsetzen.**

Die Mittel für Erasmus+ wurden um 24 Mio. und jene für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen auf 350 Mio. Euro erhöht. Außerdem sind für JunglandwirtInnen 34 Mio. Euro mehr vorgesehen.

Nachdem der Rat die Einigung im Vermittlungsverfahren mit dem Parlament förmlich gebilligt hatte, verabschiedete das

Parlament den Haushaltsplan mit 295 Stimmen gegen 154 bei 197 Enthaltungen.

Während sich die Verpflichtungsermächtigungen für 2018 auf 160,1 Mrd. Euro belaufen, hat man sich auf Zahlungsermächtigungen in Höhe von 144,7 Mrd. Euro geeinigt.

[Mehr Informationen](#)



## Neue EU-weite Regeln für Drohnen

**Am 30. November haben die VerhandlungsführerInnen des EP und des Rates eine Grundsatzvereinbarung über EU-weite Regeln für den zivilen Einsatz von Drohnen erzielt. Demnach sollen Drohnen künftig EU-Sicherheits- und Datenschutzkriterien erfüllen sowie bestimmte Drohnenbetreiber einer Registrierungspflicht unterliegen.**

Drohnen sind ein Bereich der Luftfahrt, der sich rasch weiterentwickelt und ein hohes Potenzial für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für Wirtschaftswachstum hat. Gegenwärtig fallen diese unbemannten Luftfahrzeuge (mit einem Gewicht von weniger als 150 kg) in den Zuständigkeitsbereich von nationalen Behörden, was dazu führt, dass HerstellerInnen bzw. BetreiberInnen in der EU unterschiedlichen Konstruktions- und Sicherheitsanforderungen unterliegen.

Vor diesem Hintergrund arbeitet die EU seit 2015 an einer neuen Verordnung (siehe [Kommissionsvorschlag](#)), damit Drohnen sicher

in den europäischen Luftraum integriert werden. Im Einzelnen sollen laut der informellen Vereinbarung die Konstruktion und die Herstellung von Drohnen bestimmten EU-Grundanforderungen an Sicherheit und Schutz personenbezogener Daten entsprechen. Zudem sollen die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die BetreiberInnen von Drohnen (welche Menschen erheblichen Schaden zufügen können, z.B. durch Absturz, oder Risiken für die Privatsphäre, die Sicherheit oder die Umwelt) registriert werden.

[Mehr Informationen](#)

## Beseitigung von Geoblocking im elektronischen Handel

**Nachdem die [EU-BotschafterInnen](#) am 29. November die Einigung über das Verbot von ungerechtfertigtem Geoblocking im Binnenmarkt bestätigt haben, hat am 4. Dezember auch der Binnenmarktausschuss des EP die vorläufige Einigung gebilligt. EU-BürgerInnen sollen dadurch im elektronischen Handel künftig weder blockiert noch umgeleitet werden.**

Geoblocking ist eine Form der Diskriminierung, bei der Kunden daran gehindert werden, Waren oder Dienstleistungen online zu erwerben, wenn der Standort einer Website in einem anderen Mitgliedstaat liegt. Diese Diskriminierung (aufgrund Nationalität oder Wohnort) von VerbraucherInnen und Unternehmen soll die künftige Verordnung verhindern.

Die neuen Vorschriften betreffen u.a. elektronisch erbrachte Dienstleistungen, wie

Cloud-Dienste, Data-Warehousing, Webhosting oder die Bereitstellung von Firewalls. Auch die Bereitstellung von Dienstleistungen, z.B. Hotelunterbringung, Sportveranstaltungen, Autovermietung oder Eintrittskarten für Musikfestivals oder Freizeitparks sollen darunter fallen.

Die Regeln sollen bis Weihnachten nächstes Jahr in Kraft gesetzt werden.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Gipfelbekenntnis zu mehr Investitionen in Afrika

Am 29. und 30. November fand in Abidjan (Elfenbeinküste) das 5. Gipfeltreffen zwischen der Afrikanischen Union und der Europäischen Union statt. Dabei kamen 55 Staats- und Regierungschefs der AU und der EU-Mitgliedstaaten zusammen.

In einer politischen Erklärung wurde bekräftigt, dass man gemeinsam verstärkt in die Jugend investieren und damit den Weg für eine nachhaltige Zukunft ebnen wolle. Konkret soll der Schwerpunkt auf vier strategischen Prioritäten liegen:

(i) Mobilisierung von Investitionen für Afrikas strukturelle und nachhaltige Transformation, (ii) Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Technologie und Wissen, (iii) Stärkung von Widerstandsfähigkeit, Frieden, Sicherheit und guter Regierungsführung, sowie (iv) Handhabung von Mobilität und Migration.

Hinsichtlich Mobilität und Migration wurde das politische Engagement bekräftigt, die Ursachen der irregulären Migration im Geiste echter Partnerschaft und gemeinsamer Verantwortung sowie unter uneingeschränkter Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu bekämpfen.

[Mehr Informationen](#)

## Zentrales digitales Zugangstor und Schlussfolgerungen des Rates "Wettbewerbsfähigkeit"

Am 30. November und 1. Dezember tagte der Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ in Brüssel. Dabei hat der Rat u.a. seine [allgemeine Ausrichtung](#) zur Einrichtung eines zentralen digitalen Zugangstors festgelegt.

Das [zentrale digitale Zugangstor](#) soll mehrere Netze und Dienste verknüpfen, die auf nationaler und Unionsebene eingerichtet wurden, um BürgerInnen sowie Unternehmen bei ihren grenzüberschreitenden Tätigkeiten zu unterstützen. Zu diesen gehören die Europäischen Verbraucherzentren, "Ihr Europa – Beratung", SOLVIT, der Helpdesk für Rechte des geistigen Eigentums, "Europe Direct" und das "Enterprise Europe Network".

Außerdem hat der Rat [Schlussfolgerungen](#) angenommen, in denen die Forderung nach einer zukunftsorientierten Strategie für die

EU-Industriepolitik mit Schwerpunkt auf 2030 und darüber hinaus erneuert wurde. Der Rat erörterte zudem das weitere Vorgehen bei den Weltraumprogrammen der EU und nahm [Schlussfolgerungen](#) zur Halbzeitbewertung des Programms Copernicus an. Schließlich besprach der Rat noch, wie das nächste EU-Rahmenprogramm für Forschung, Entwicklung und Innovation als Nachfolgeprogramm des laufenden Programms Horizont 2020 gestaltet werden könnte (siehe Schlussfolgerungen [in Englisch](#)).

[Mehr Informationen](#)



## Portugiese Centeno wird Präsident der Euro-Gruppe

**Am 4. Dezember hat die Euro-Gruppe den portugiesischen Finanzminister Mário Centeno zu ihrem Präsidenten gewählt. Er setzte sich bei der Abstimmung gegen drei Gegenkandidaten durch.**

Im Rahmen der Euro-Gruppe treten die MinisterInnen der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, zu informellen Sitzungen zusammen. Diese Sitzungen werden bei Bedarf abgehalten, um Fragen im Bereich der einheitlichen Währung zu erörtern (vgl. [Protokoll Nr. 14 der EU-Verträge](#)).

Mário Centeno wurde am 26. November 2015 zum Finanzminister von Portugal ernannt (siehe CV [in Englisch](#)). Sein Amt als Präsident der Euro-Gruppe wird er am 13. Jänner 2018 antreten. Die Amtszeit beträgt zweieinhalb Jahre. Die erste Sitzung der Euro-Gruppe unter seinem Vorsitz wird am 22. Jänner 2018 stattfinden.

[Mehr Informationen](#)

## Ratstagung der TelekommunikationsministerInnen

**Am 4. Dezember einigte sich der Rat auf seinen Standpunkt zu einem aktualisierten Mandat für das [Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation](#) (GEREK). Dies ebnet den Weg für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.**

Das GEREK wurde im Jahr 2009 eingerichtet und nahm 2010 seine Arbeit auf. Sein Hauptziel ist die Gewährleistung einer kohärenten Umsetzung der Telekommunikationsvorschriften in der EU und die Bereitstellung von technischem Fachwissen für nationale Regulierungsbehörden und EU-Institutionen.

Im Einzelnen schlägt der Rat vor, die bestehende Verwaltungsstruktur beizubehalten und es den zuständigen nationalen Behörden zu ermöglichen, sich auf Expertenebene einzubringen. In der allgemeinen Ausrichtung werden die Aufgaben und Zuständigkeiten des GEREK

sowie seine operativen Rahmenbedingungen dargelegt, wobei Unabhängigkeit und Transparenz im Vordergrund stehen.

Die Verhandlungen mit dem Parlament werden parallel zu den Gesprächen über den Kodex für elektronische Kommunikation (ein Vorschlag für eine [Richtlinie](#), mit der der aktuelle Telekommunikationsregelungsrahmen ersetzt werden soll) geführt. Die Verhandlungen zu beiden Dossiers sollen daher gemeinsam abgeschlossen werden.

[Mehr Informationen](#)



## VerkehrsministerInnen zur PKW Maut

Am 5. Dezember erörterten die im Rat versammelten VerkehrsministerInnen das am 31. Mai dieses Jahres vorgeschlagene [Mobilitätspaket](#) der Kommission. Außerdem nahm der Rat zwei Schlussfolgerungen für den Verkehr an.

Hinsichtlich der im Mobilitätspaket befindlichen Vorschläge betreffend Straßennutzungsgebühren sprach sich Österreichs Verkehrsminister [Jörg Leichtfried](#) gegen das Konzept einer kilometerabhängigen europaweiten Maut aus. Er begrüßte allerdings die Absicht der Kommission, das Mautsystem zu ökologisieren.

Ferner hat der Rat Schlussfolgerungen zum transeuropäischen Verkehrsnetz (TEN-V) und zur Fazilität "Connecting Europe" (CEF) angenommen ([in Englisch](#)). Dabei wird eine Bilanz über die Umsetzung von TEN-V und

CEF gezogen sowie künftiger Investitionsbedarf und Prioritäten für die EU-Verkehrsinfrastruktur genauer betrachtet.

Der Rat hat zuletzt noch Schlussfolgerungen zur Digitalisierung des Verkehrs ([in Englisch](#)) getroffen. Dies umfasst die Beseitigung von Hindernissen für das multimodale Verkehrssystem. Die Kommission wird eingeladen, im ersten Quartal 2019 eine umfassende Digitalisierungsstrategie für den Verkehrssektor zu entwickeln.

[Mehr Informationen](#) zu den Vorschlägen betreffend Straßennutzungsgebühren



# Europäische Kommission

## Kommission will Mehrwertsteuerbetrug besser bekämpfen

**Am 30. November hat die Kommission neue Instrumente vorgestellt, mit denen Schlupflöcher geschlossen werden sollen, welche Mehrwertsteuerbetrug in großem Umfang begünstigen können.**

Mit dem Vorschlag wird ein System für den Online-Austausch von Informationen im Rahmen von „Eurofisc“ eingerichtet, dem bereits bestehenden EU-Expertennetzwerk für die Betrugsbekämpfung. Die Mitgliedstaaten sollen in die Lage versetzt werden, Daten über grenzüberschreitende Aktivitäten zu verarbeiten, zu analysieren und zu prüfen, so dass die Risiken möglichst rasch und exakt eingeschätzt werden können.

Die neuen Maßnahmen würden den Steuerbehörden und den europäischen Strafverfolgungsbehörden wie OLAF, Europol

und der eben erst gegründeten Europäischen Staatsanwaltschaft neue Kanäle für die Kommunikation und den Austausch von Daten eröffnen.

Zudem soll Eurofisc die Befugnis erhalten, auf die Fahrzeugzulassungsdaten aller Mitgliedstaaten zugreifen zu können. So soll grenzüberschreitenden Betrugsdelikten im Zusammenhang mit Gebrauchtwagen ein Ende gesetzt werden.

[Mehr Informationen](#)

## Positiver Kommissionsbericht über Erasmus+ 2016

**Am 30. November hat die Kommission über das Erasmus+-Programm im Jahr 2016 Bilanz gezogen (vgl. [englisches Dokument](#)). In ihrem Bericht wird die positive Entwicklung des Programms mit Zahlen untermauert.**

Die Mittelausstattung von Erasmus+ wurde gegenüber dem Vorjahr um 7,5% aufgestockt, sodass die EU einen Rekordbetrag von 2,27 Mrd. EUR investierte, um 725.000 EuropäerInnen - darunter 16.620 ÖsterreicherInnen - mit einem Mobilitätsstipendium zu unterstützen (siehe österreichspezifisches Informationsblatt [in Englisch](#)). Somit steigt die Zahl der Erasmus+-TeilnehmerInnen auf über 2 Mio. seit Beginn des laufenden Programms im Jahr 2014.

2016 wurden aus den Mitteln des Programms ferner 21.000 Projekte unterstützt, die von 79.000 Organisationen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung sowie Jugend durchgeführt wurden. Dies entspricht einem Anstieg von 15% gegenüber 2015.

[Mehr Informationen](#)



# Ausschuss der Regionen

## Das Subsidiaritätsprinzip in konkrete Maßnahmen umsetzen

Die 8. Subsidiaritätskonferenz des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) am 1. Dezember in der Hofburg in Wien ermöglichte einen interinstitutionellen Dialog der EU über die Stärkung der Subsidiaritätsprüfung und einen vertieften Austausch zwischen allen am Prozess der Subsidiaritätskontrolle Beteiligten.

In diesem Jahr wurde der Konferenzschwerpunkt auf die praktische Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gelegt. VertreterInnen der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und der estnischen EU-Ratspräsidentschaft sowie der Bundesländer, Gemeinden und Städte der EU diskutierten die Rolle der nationalen und regionalen Parlamente und Regierungen im Subsidiaritäts-Monitoring sowie die neuesten Entwicklungen rund um die von der

Europäischen Kommission neu eingesetzte [Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit](#).

Die österreichische AdR-Delegation stand unter der Leitung von AdR-Vizepräsident Landtagspräsident Herwig van Staa, unterstützt vom Nationalen Koordinator Fritz Staudigl.

[Mehr Informationen](#)

## Neuer Online-Kurs - vom Schreibtisch aus Experte für EU-Förderungen werden!

Am 15. Jänner 2018 startet der AdR die [dritte Ausgabe seines offenen Massen-Online-Kurses \(MOOC\)](#). Diese wird sich auf die Frage konzentrieren, wie sich die EU-Mittel mit dem größtmöglichen Nutzen für die Regionen und Städte der EU einsetzen lassen.

Der MOOC bietet einschlägige Informationen zu aktuellen und künftigen Politiken und Programmen der EU sowie praktische Instrumente und Beispiele für vorhandene Finanzierungsmöglichkeiten auf der regionalen und lokalen Ebene.

Der Kurs ist kostenlos und vollständig online. Er wird über die Online-Lernplattform Iversity angeboten und umfasst Videos, Informationsblätter, Infografiken sowie im Internet übertragene Live-Debatten mit Fragerunden. Darüber hinaus haben die KursteilnehmerInnen über Lerntagebücher die Möglichkeit zur Interaktion auf der Kursplattform. Nach

Abschluss des Kurses erhält man ein kostenloses Abschluss-zertifikat.

Der MOOC wird sechs Wochen dauern (15. Jänner - 23. Februar 2018). Jede Woche widmet er sich einem anderen Thema. Der zeitliche Lernaufwand beträgt laut Website ca. 1,5 Stunden pro Woche. Selbst wenn man nicht alle Kapitel im Jänner und Februar abschließen kann, hat man die Möglichkeit, das Kursmaterial im eigenen Tempo zu bearbeiten.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Brexit: Annäherung, aber noch kein Durchbruch

Bei ihrem Treffen in Brüssel am 4. Dezember haben die britische Premierministerin May und Kommissionspräsident Juncker eine Annäherung, aber noch keinen Durchbruch über die wesentlichen Fragen des Austritts des Vereinigten Königreichs der EU erzielt.

Der Europäische Rat am 14. und 15. Dezember soll darüber entscheiden, ob es „ausreichend Fortschritte“ in den Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs gibt, um in die nächste Phase der Verhandlungen (d.h. die künftigen Beziehungen) einzutreten. Zwar gebe es ein gemeinsames Verständnis für die meisten relevanten Fragen. Problematisch sei aber weiterhin der Umgang mit der Grenze zwischen Irland und Nordirland.

Auch der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk, der zuständig wäre einen etwaigen Entwurf von Leitlinien für die Brexit-Gespräche über die künftigen Beziehungen vorzulegen, bekräftigte: "Es wird zwar nun sehr eng, aber eine Einigung auf der Dezember-Tagung des Europäischen Rates ist weiterhin möglich."

[Mehr Informationen](#)

## Online-Umfrage des EU-Rechnungshofs zu Fahrgastrechten

Der Rechnungshof prüft derzeit die Fahrgastrechte in der EU. Im Rahmen dieser Untersuchung wird eine [Online-Befragung](#) durchgeführt, um den Kenntnisstand der BürgerInnen in Bezug auf ihre Rechte bei Reisen zu bewerten und Informationen über ihre Erfahrungen einzuholen.

Jeder, der in den letzten zwei Jahren innerhalb der EU Erfahrungen als Fahrgast gesammelt hat (etwa mit dem Flugzeug, Schiff, Bus oder Zug), ist eingeladen, an der Online-Befragung teilzunehmen. Das Ausfüllen des Fragebogens dürfte höchstens 10 Minuten in Anspruch nehmen.

Zudem haben die Prüfer eine Prüfungsvorschau ([in Englisch](#)) veröffentlicht, die einige Hintergrundinformationen enthält, die im Rahmen der laufenden Untersuchung zusammengestellt wurden.

[Mehr Informationen](#)



# In eigener Sache

## Veranstaltung „Fremdsprache Gedicht“



Zusammen mit Landtagspräsident DDr. Herwig van Staa eröffnete Dr. Richard Seeber am 29. November in unserer EU-Vertretung die Veranstaltung "Fremdsprache Gedicht". Im Mittelpunkt der musikalisch von [Christina Khosrowi](#) umrahmten Veranstaltung stand eine Lesung des Tiroler Schriftstellers [Karl Lubomirski](#). Unter den zahlreichen Gästen befanden sich auch Eva Lichtenberger und die Leiterin des Österreichischen Kulturforums in Brüssel Fr. Mag. Chrystoph.





# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### [Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsmarktbehörde, Initiative für eine europäische Sozialversicherungsnummer](#)

Beschäftigung und Soziales

27 November 2017 - 7 Januar 2018

### [Öffentliche Konsultation zu Arzneimitteln in der Umwelt](#)

Umwelt, Chemikalien, Öffentliche Gesundheit, Wasserressourcen, etc.

22 November 2017 - 21 Februar 2018

### [EU-Konsultation zu CO2-Ausstoß von LKW](#)

Klimaschutz, Unternehmen und Industrie

20 November 2017 - 29 Januar 2018

### [Öffentliche Konsultation über die Methoden zur Festlegung eines Verzeichnisses der Sektoren, von denen angenommen wird, dass sie mit einem erheblichen Risiko einer Verlagerung von CO2-Emissionen behaftet sind, für den Zeitraum 2021–2030](#)

Klimaschutz

20 November 2017 - 12 Februar 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Initiative zur Begrenzung des Verzehr von industriellen Transfettsäuren in der EU \(DE\)](#)

Lebensmittelsicherheit

17 November 2017 - 9 Februar 2018

### [Öffentliche Konsultation zu Fake News und online verbreiteter Desinformation](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

13 November 2017 - 23 Februar 2018

### [Öffentliche Konsultation zur REFIT-Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften über Pflanzenschutzmittel und Pestizidrückstände](#)

Lebensmittelsicherheit

13 November 2017 - 12 Februar 2018

### [Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft](#)

Steuern

26 Oktober 2017 - 3 Januar 2018



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Industrie und ICT

|                                                                                    |                                                                                                                                                                  |            |             |
|------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|-------------|
| <u>Industrie und ICT</u>                                                           |                                                                                                                                                                  |            |             |
| Digitalisierung und Transformation der europäischen Industrie und Dienstleistungen | <a href="#">Testing, validation and certification procedures for highly automated driving functions under various traffic scenarios based on pilot test data</a> | 04.04.2018 | € 6.000.000 |
| Digitalisierung und Transformation der europäischen Industrie und Dienstleistungen | <a href="#">Support for networking activities and impact assessment for road automation</a>                                                                      | 04.04.2018 | € 3.000.000 |

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

## Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Patrick Raschner

---

### Abbildungsverzeichnis

[https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/future-of-cap/factsheet\\_ii\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/future-of-cap/factsheet_ii_en.pdf)